

Corona- und Wirtschaftskrise erfordern umso mehr: Abrüstung und neue Entspannungspolitik - jetzt!

Gerade in Zeiten der Corona-Krise ist internationale Zusammenarbeit ein dringend notwendiges Gebot. Dabei sind auch Lehren aus dem Corona-Krisenmanagement anderer Länder zu ziehen und eine international koordinierte Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten für alle Staaten auf kostengünstiger Basis anzustreben. Nicht gebrauchen können wir die bestehende, zugespitzte Sanktionspolitik, nationalistische Vorteilssuche und den zunehmenden Feindbildaufbau (gegenüber China/Russland). Die Rückkehr zum Völkerrecht u. a. ohne den Einsatz von bewaffneten Drohnen und ohne weitere militärische Interventionen wäre auch eine zentrale Voraussetzung, ohne die auch eine gemeinsame, weitere Bekämpfung von Pandemien undenkbar ist. Konfrontationspolitik und Hochrüstung bergen immer Gefahren für die zukünftige Entwicklung unseres Planeten und auch Europas. Diese Konfrontationspolitik ist darum abzulehnen. Nicht gebrauchen können wir Geschenke an die Rüstungsindustrie (auch noch getarnt unter Punkt 10 des sogenannten Corona-„Hilfs“programmes vom 3.6. 2020) und eine Erhöhung des Wehretats während u. a. systemrelevante Schließungen und Personalengpässe bei Krankenhäusern drohen bzw. bereits vorliegen.

Wir fordern stattdessen eine neue Entspannungspolitik jetzt!



Wie wär's mit einem „Beherbergungsverbot“ von US-Atomwaffen, US-Drohnenkriegsführung und dem geplanten NATO-Weltraumzentrum in Ramstein?



Für die Entwicklung unseres Landes brauchen wir auf keinen Fall neue, atomwaffenfähige Kampf-Flugzeuge, auch keine Kampfdrohnen, kein EU - Luftkampfsystem, keine europäischen Panzer oder neue Kriegsschiffe.

Das UN-Atomwaffenverbot wird am 22. Januar 2021 in Kraft treten. Wir fordern, dass auch Deutschland endlich diesen Vertrag unterzeichnet und dass es folglich mit dem Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel atomwaffenfrei wird.

Das Gebot der Stunde lautet: Reichtum umverteilen und für soziale Absicherung sorgen: Kein Geld für Rüstung, kein Geld fürs Militär, sondern Geld für das Gesundheitswesen, für Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, die öffentliche Infrastruktur, für den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft.

Aufruf der „Initiative abrüsten statt aufrüsten“ zum bundesweiten Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/aufrufe/2020/#23c121687>

V.i.S.d.P.: Attac-AG Globalisierung und Krieg,
Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main
globkrieg@attac.de <https://attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/impressum/>

 **attac**
AG Globalisierung und Krieg